

Antrag	Datum: 20.08.2014
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09, UFR/FDP Gründung einer Arbeitsgruppe "Gedenken an die rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992"	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
03.09.2014	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die neu gewählte Bürgerschaft beschließt die Weiterführung der Arbeitsgruppe „Gedenken an die rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992“.

Der Arbeitsgruppe sollen angehören:

- der Präsident der Bürgerschaft,
- je ein/e Vertreter/in der in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen,
- ein/e Vertreter/in des Ortsbeirats Lichtenhagen,
- zwei Vertreter/innen des Migrantenrates,
- die Integrationsbeauftragte,
- ein/e Vertreter/in des Zentralrates der Sinti und Roma,
- ein/e Vertreter/in des Verein Dien Hong,
- ein/e Vertreter/in des Vereins Bunt statt braun,
- ein/e Vertreter/in des Vereins LOBBI,
- ein/e Vertreter/in der Geschichtswerkstatt Rostock,
- ein/e Vertreter/in der Universität Rostock.

Die Arbeitsgruppe hat die Möglichkeit, sachkundige Gäste zu Ihren Sitzungen einzuladen.

Die Arbeitsgruppe wird beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, mit welchem Inhalt, in welcher Form und an welchem/n Ort/en ein angemessenes Gedenken an die rassistischen Ausschreitungen von 1992 erfolgen kann.

Entsprechende Vorschläge sind der Bürgerschaft bis zum September 2015 vorzulegen.

Die Entscheidung über die Umsetzung der Vorschläge trifft die Bürgerschaft.

Bereits gefasste Beschlüsse:

2012/DA/3831
2012/AN/3826

Sachverhalt:

Die Bürgerschaft fühlt sich der Erinnerung an die rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992 und dem dauerhaften Engagement für Demokratie und Toleranz verpflichtet.

Die Bürgerschaft hat bereits im September 2012 einen weitgehend gleichlautenden Beschluss gefasst. Aufgrund der damaligen Entwicklungen, wurde die Aufgabenstellung der Arbeitsgruppe erweitert und diese hat sich zunächst dem Gedenken an Mehmet Turgut gewidmet.

Mit diesem Antrag soll der Rahmen für die Weiterführung der Arbeit der Arbeitsgruppe Gedenken geschaffen werden. Es ist dringlich, das Thema Gedenken an die Ausschreitungen von Lichtenhagen anzugehen und Vorschläge bis zum September 2015 vorzulegen, um bis zum 25. Jahrestag der Ausschreitungen im Jahr 2017 noch Projekte umsetzen zu können.

Die Arbeitsgruppe soll unter Einbeziehung von Ideen und Kompetenzen aus der Stadtgesellschaft Vorschläge erarbeiten und der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorlegen.

Der Bürgerschaft obliegt gemäß § 22 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern die inhaltliche Ausgestaltung des Gedenkens in politisch wichtigen Angelegenheiten.

gez. i.V. Karsten Steffen
Fraktion DIE LINKE.

gez. Berthold Majerus
CDU-Fraktion

gez. Dr. Steffen Wandschneider
Fraktion der SPD

gez. i.V. Susan Schulz
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Dr. Sybille Bachmann
Fraktion Rostocker Bund/
Graue/Aufbruch 09

gez. Dr. Dr. Malte Philipp
Fraktion UFR/FDP